

BARRIERE

FRÜHLING 89

Zeitung der Politischen Arbeitsgruppe Risch GLEIS 3

Barriere

Warum eine Zeitung?

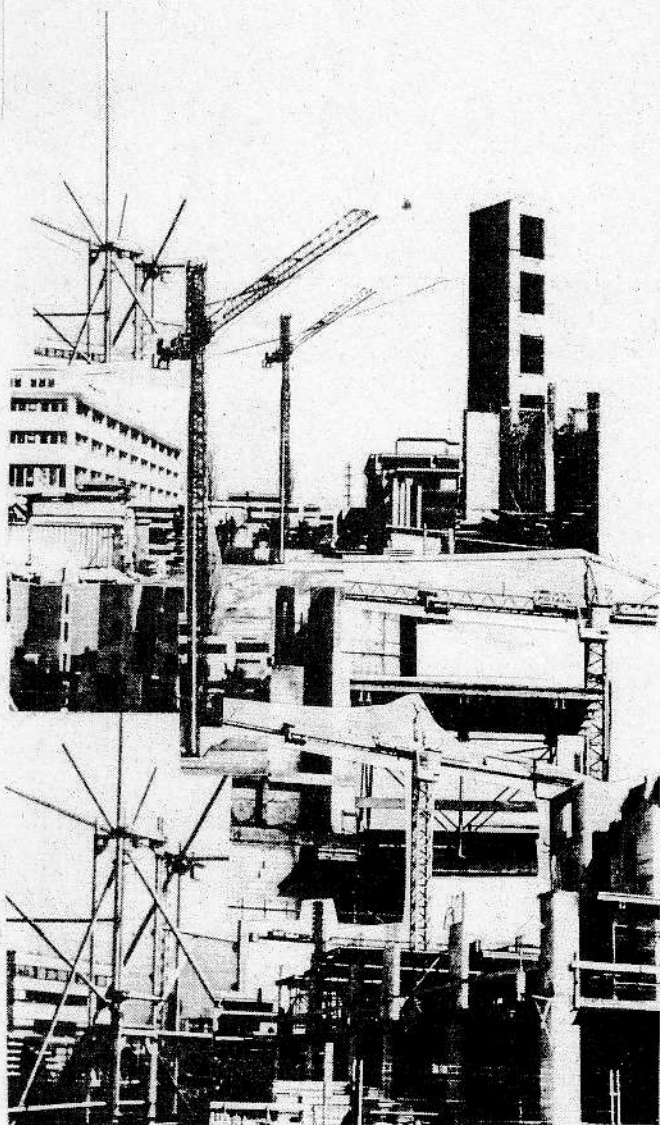
*Referendum gegen die
Steuersenkung*

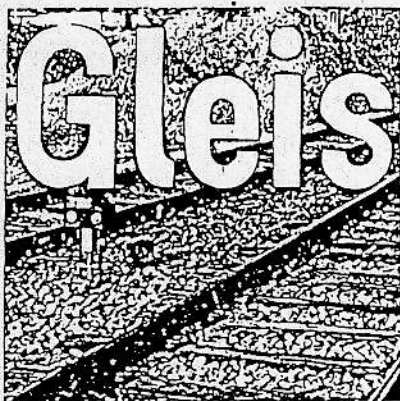
*Industriezone
- wie weiter?*

*Anträge zur
Industriezone*

*AsylbewerberInnen in
der Gemeinde Risch*

*Rückblick auf die
Vollamtsinitiative*





BARRIERE

Ich war gar nicht begeistert von diesem Namen. Zugegeben, er passt als Begriff ausgezeichnet zu GLEIS 3. Auch zu Rotkreuz, war doch bis Ende der sechziger Jahre die Barriere so etwas wie das Kennzeichen unseres Dorfes gewesen. Aber doch in negativer Erinnerung. Und sonst? So etwas Quergestelltes, etwas, das im Wege steht, und worüber sich die Leute aufregen. Wie sollte eine Zeitung mit einem solchen Kleid überhaupt bei den LeserInnen ankommen?

Meine erste Reaktion auf diesen Namen gibt mir zu denken. Woher kommt es, dass ich mit dem Begriff BARRIERE Negatives verbinde? Was ist daran nicht gut, wenn für kurze Zeit der Strassenverkehr unterbrochen wird, um einen Zug durchfahren zu lassen? Was ist daran auszusetzen, wenn ich HALT sage, weil mir jemand zu nahe kommt, wenn ich meine Grenzen gegenüber anderen klar zum Ausdruck bringe?

Beim Nachdenken frage ich mich, ob ich denn gefühlsmässig noch ganz der Sicht des Autofahrers verhaftet bin. Für ihn ist eine Barriere etwas Lästiges. Er regt sich darüber auf, solange er sich als der wichtigste oder sogar als der alleinige Verkehrsteilnehmer sieht, wenn er nicht gewohnt ist, auch anderen, eben zum Beispiel dem Zugverkehr, die gleiche Berechtigung zuzugestehen.

Auch ich bin zum Nachgeben erzogen worden. Als Kind und als Jugendlicher habe ich nicht gelernt, eine eigene Meinung zu haben. Sie auch gegen eine andere Meinung zu vertreten, fällt mir auch heute immer wieder schwer. Und doch darf ich mich nicht überfahren lassen, wenn ich leben will. Und dazu brauche auch ich manchmal eben doch - eine Barriere.

IMPRESSUM

BARRIERE Nr. 1

Rotkreuz, Frühling 1989

Auflage: 400

Herausgeber:
Vorstand GLEIS 3

Adresse für LeserInnenmeinungen
und Anregungen:

Politische Arbeitsgruppe Risch
GLEIS 3
6343 Rotkreuz

Spendenkonto:
Raiffeisenkasse Rotkreuz
PC 60-5726-6

Joseph Bürgler

WARUM EINE ZEITUNG? WAS WOLLEN WIR - WAS BEWEGT UNS?

Seit bald drei Jahren ist die politische Arbeitsgruppe "Gleis 3" in Rotkreuz aktiv. Viele Einwohnerinnen und Einwohner begrüßten diese für die etablierten Parteien dadurch erwachsene Opposition. Ein anderer, frischerer Wind fing an zu wehen, was sich auf die politische Kultur in Risch sehr positiv auswirkte. Das unerwartet gute Abschneiden an den Gemeinderatswahlen von 1986 gab uns Mut, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Bessere Information

Im politischen Alltag (Gemeinderat, Kommissionen) mussten wir jedoch bald erkennen, dass es nicht einfach ist, unsere Ideen durchzusetzen. Dabei ist es uns in den vergangenen drei Jahren vor allem noch zu wenig gelungen, die Bevölkerung durch vermehrte offene Information auf unsere Anliegen und Ideen aufmerksam zu machen. Mit der vorliegenden Zeitung wollen wir dazu beitragen, die Informationspolitik in unserer Gemeinde offener zu gestalten.

In Zukunft möchten wir uns weiterhin für alles stark machen, was die Lebensqualität in unserem Dorf erhält oder verbessert (Alters- und Jugendbetreuung, Verkehrsberuhigungen, etc.) und energischer gegen Projekte und Vorhaben opponieren, die unsere Lebensgrundlagen (Boden, Luft, Wasser) bedrohen. Wir wollen die politischen Auseinandersetzungen in Zukunft noch vermehrt suchen und die Rischer und Rischerinnen für die uns zu erwartenden Probleme (zunehmende Verschuldung, Belastung durch Industrie und Verkehr, etc.) sensibilisieren.

Verantwortung übernehmen

Wir sind uns bewusst, dass Probleme in der Gemeinde nur durch eine aufbauende Zusammenarbeit mit den Behörden gelöst werden können. Uns ist es aber auch ein grosses Anliegen, dass die Bevölkerung von Risch wieder vermehrt politisch aktiv wird. Wir dürfen die Verantwortung nicht den Politikern und Behörden überlassen. In der Schweiz gehören heute noch rund 10 % der Bevölkerung einer Partei an und davon

sind, wenn es gut geht, rund die Hälfte in irgendeiner Form aktiv. Die Stimmbeteiligung bei Abstimmungen und Wahlen nimmt laufend ab.

Angesichts solcher Zustände ist es heute notwendig, andere Möglichkeiten politischer Betätigungen zu suchen, damit all jenen, die sich nicht mehr mit Parteien identifizieren können, wieder eine Stimme verliehen wird. Oft wird übersehen, dass jene, die nicht reden, doch nicht sprachlos sind.

Leider wird wenig zur Wiederbelebung der demokratischen Strukturen unternommen. Versuche zur echten Ausschöpfung der Demokratie sind nicht erwünscht, und es braucht niemanden zu wundern, wenn sich viele frustriert von jeglicher politischer Tätigkeit abwenden. Es ist für die Politikerinnen und Politiker eben einfacher, sich auf eine schweigende Mehrheit abzustützen, als zu versuchen, aus ihr die sprechende Mehrheit zu machen.

Angst vor Opposition?

Warum sind denn Behörden und Politiker oft gar nicht an einer breiteren Abstützung in der Öffentlichkeit interessiert? Befürchten sie etwa, dass sich vermehrt Opposition regen würde und sie die gesetzten Ziele - oft auch verknüpft mit persönlichen Interessen - nicht mehr erreichen könnten? Das oft gehörte Argument, "Die machen ja doch, was sie wollen!" ist symptomatisch für die heutige Zeit. Es wird am Volk vorbeipolitisiert und viele fühlen sich ohnmächtig. Dieser Tendenz möchten wir nicht zuletzt mit dieser Zeitung etwas entgegenwirken.

Beispiel Post

Ein Paradebeispiel in Risch für dieses "Am-Volk-vorbei-politisieren" ist der umstrittene Standort der Post: Obwohl eine Petition mit ca. 1000 Unterschriften eingereicht wurde, die Post auf der Nordseite des Dorfes zu belassen, ist der Gemeinderat nicht gewillt, sich hier auf eine breitere Öffentlichkeit abzustützen. Wenn Bürgerinnen und Bürger in solcher Art

und Weise übergangen werden, bekommen sie unwillkürlich das Gefühl des "Nichts-machen-könnens".

Wir von "Gleis '3" möchten uns gegen dieses Gefühl wehren. Wir wollen mitreden und alle demokratischen Möglichkeiten ausschöpfen, um uns ein möglichst wohnliches und lebenswertes Dorf zu erhalten, denn wir sind alle verantwortlich für das, was in unserer Umgebung geschieht oder eben nicht geschieht.

Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es die Unterstützung einer breiten Öffentlichkeit. Wir möchten das politische Bewusstsein neu aktivieren und die Bürgerinnen und Bürger motivieren, politische Entscheide wenn nötig zu beeinflussen und auch mitzugestalten.

Josef Kaufmann

SINNVOLLES REFERENDUM GEGEN EINE STEUERSENKUNG IM KANTON ZUG

Gegen die vom Kantonsrat festgelegte Steuerfuss - Senkung um 5 Punkte auf 75 % ist das Referendum ergriffen worden. Am 4. Juni 1989 - zusammen mit der Eidg. Abstimmungsvorlage (Kleinbauern - Initiative) - hat deshalb der die StimmbürgerIn zu entscheiden, ob der Kanton Zug für Firmen und Reiche als Steuerdomizil noch attraktiver werden soll.

Die Reichen profitieren

Es liegt auf der Hand, dass in erster Linie die Reichsten von einer Steuer-senkung profitieren werden. Für den Durchschnittsverdiener wird die jährliche Steuereinsparung verschwindend klein ausfallen, die zu tragenden Konsequenzen werden jedoch unverhältnismässig gross sein.

Verteuerung der Mieten - Verminderung der Lebensqualität

So werden z.B. noch mehr fragwürdige Firmen angezogen, die Bautätigkeit - leider aber nicht der Wohnungsbau - wird weiter zunehmen und den so dringend benötigten Wohnraum weiter verknappen. Die Bodenpreise werden steigen und MieterInnen werden bald ein mehrfaches der eingesparten Steuern für Mietzinserhöhungen hinblättern müssen. Ganz zu schweigen von der Verminderung der Lebensqualität infolge Schadstoff- und Lärmemissionen durch die weitere Zunahme des Pendlerverkehrs.

RischerInnen stark betroffen

Gerade wir RischerInnen müssen versuchen, eine solche Steuer-senkung zu verhindern. Unsere Gemeinde besitzt eine grosse, noch nicht bebaute Industrie- und Gewerbezone. Bei einer Steuer-senkung würde die Bautätigkeit in der Industriezone noch schneller vorangetrieben, um so mehr als unsere Gemeindebehörden bei der Verwirklichung von Bauvorhaben alle Steine aus dem Weg räumen.

Wehren wir uns gegen diesen wahnsinnigen Bauboom in unserer Industriezone. Ein JA zum Steuerreferendum am 4. Juni 1989 ist ein weiterer Schritt dazu.

Josef Kaufmann

INDUSTRIEZONE — WIE WEITER?

Die Entwicklung im Rotkreuz Industriegebiet ist besorgniserregend, um nicht zu sagen beängstigend! Die Baukräne sind unübersehbar, eine Grossbaustelle reiht sich an die andere, und daneben stehen schon die Stangen für die nächsten Bauten. Die Entwicklung hat eine gewaltige Dynamik erreicht, die grosse Gefahren mit sich bringt. Die grösste Gefahr sehe ich darin, dass wir kaum mehr aus eigenen Erfahrungen lernen können. Noch bevor wir die Auswirkungen dieser Grossbauten sehen, laufen bereits Bewilligungsverfahren für weitere, noch grössere Bauvorhaben. Wir sind also immer stärker gezwungen, vorauszudenken, was sehr schwierig und mit grossen Unsicherheiten behaftet ist. Die zweite grosse Gefahr besteht in der Resignation, welche sich in der Bevölkerung auszubreiten droht. Was kann man noch machen gegen diese Uebermacht? Einfach alles laufen lassen ist eine mögliche Reaktion; sich nicht mehr verantwortlich fühlen und ans baldige Ausziehen denken die andere. Beide Haltungen bringen uns nicht weiter. Ich glaube, wir müssen eine aktive Rolle übernehmen, um die negativen Auswirkungen dieser rasanten Entwicklung zu vermindern.

Vorgeschichte

Zunächst müssen wir uns also fragen: Was ist eigentlich los in der Industriezone?

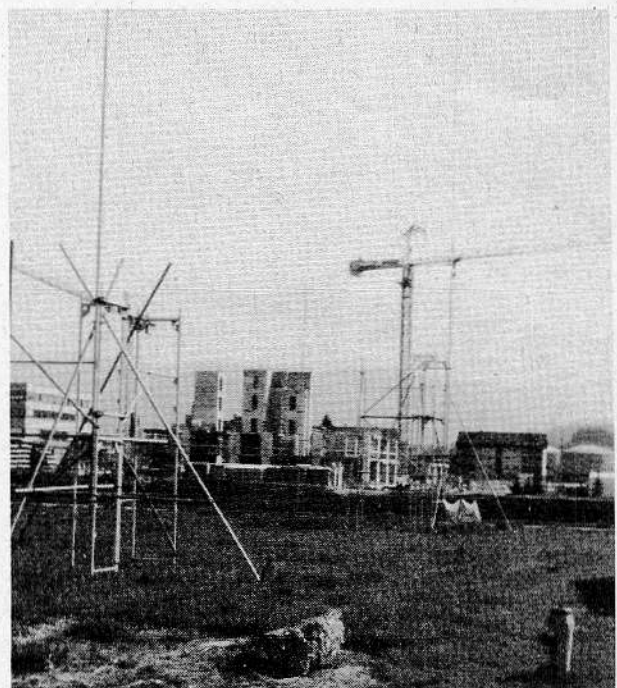
Bis vor wenigen Jahren war die Entwicklung geprägt von einzelnen grossen Industriefirmen, allen voran 3M und Tegimenta. Diese Firmen hatten sich grosse Landreserven gesichert und konnten sich so entsprechend vergrössern und langsam ausbreiten. Ihr Erscheinungsbild ist typisch für Industrieanlagen: Hallen für die Produktion und die Lager, daneben Büros für die Administration.

Die nächste Runde wurde beherrscht von der Alfred Müller AG. Als Generalunternehmerin baute sie vorwiegend zweistöckige Elementbauten, welche sie an kleinere und mittlere Gewerbebetriebe vermietet. Heute sind diese Bauten dank der grosszügigen Bepflanzung angenehm versteckt. Sie wirken

fast harmlos neben der neueren Generation, aber sie sind Landfresser grossen Stils.

Verdichtung

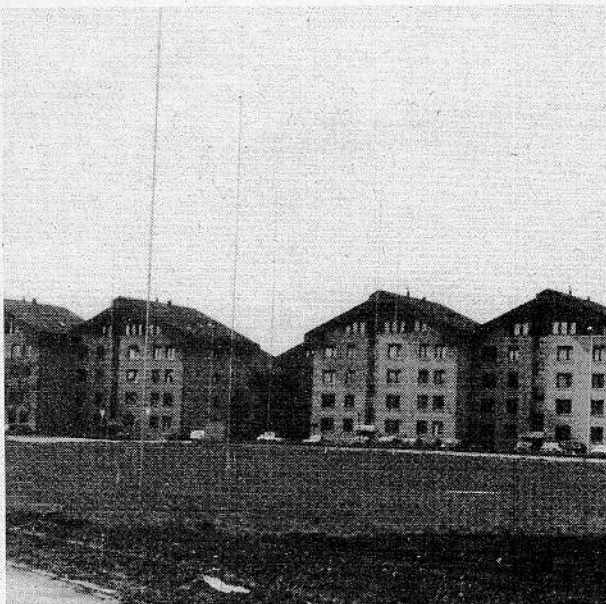
Das Raumplanungsgesetz hat das Gebot der Stunde klar ausgedrückt: Wir müssen haushälterisch umgehen mit dem knappen Gut Boden. Also, Verdichtung! Und nun haben wir sie! Die neueste Entwicklung ist noch jung, aber umso rasanter. Vor drei oder vier Jahren begann auch die Firma Alfred Müller AG höher zu bauen, das Untergeschoss brauchte sie allerdings noch nicht für die Autos. Aber dann kam es Schlag auf Schlag. Zuerst kamen die Bauten mit einer Parkebene im Untergeschoss. Es wurde nun bis an die zulässige Gebäudehöhe von 18 m gebaut. Diese Grenze wurde dann auf 20 m nach oben verschoben bei der Revision des Kantonalen Baugesetzes. Die neusten Bauten gehen sofort an diese Limite. Die Zwischenräume werden auf die minimalen Grenzabstände reduziert. Mit der stark vergrösserten Ausnützung nimmt auch der Bedarf an Parkraum zu. Bauvorhaben mit zwei und sogar mit drei Untergeschossen liegen vor. Ein einzelnes mit 352 ein anderes sogar mit 790 Parkplätzen!



Es reiht sich Baustelle an Baustelle.

Halt

Da gibt es nur eines: Halt, so geht das nicht! Wo liegen die Ursachen dieser Entwicklung? Wir erleben bekanntlich einen Umbruch des wirtschaftlichen Systems. Der Dienstleistungssektor nimmt stark zu, während der Industriesektor abnimmt. Entsprechend verändert sich die Nachfrage nach Bauland. Dienstleistungsbetriebe siedeln sich in den Industriezonen an und verändern damit den Charakter dieser Zonen. Gleichzeitig erleben wir seit rund drei Jahrzehnten eine räumliche Umverteilung der Arbeitsplätze und der Wohngebiete in der ganzen Schweiz. Während sich die Arbeitsplätze in den Städten ballen, wandert die Wohnbevölkerung auf das Land, genauer gesagt, in die Agglomeration. Dass auch Rotkreuz kein ländliches Dorf mehr ist, sondern je länger je mehr ein Teil dieser Agglomeration, ist eine vielleicht schmerzliche Tatsache, welche nur allzu oft verdrängt wird. Dass Dienstleistungsbetriebe nun nachziehen und sich auch in der Agglomeration, vor allem entlang der Autobahnen, niederlassen, ist umso verständlicher als die bevorzugten Standorte in den Stadtzentren immer knapper und somit immer teurer werden. Für Industrieland rechnet man um Zürich heute mit 4000 Fr/m². Die Rischer Gemeindeversammlung hat es letztes Jahr abgelehnt, ihr Land für 300 Fr/m² zu verkaufen, zum Glück!



Unmittelbar neben dem Schöngrund sind riesige Gewerbebauten geplant.

Die Rotkreuz Industriezone ist neben den verhältnismässig tiefen Landpreisen und neben der Verkehrserschliessung vor allem noch deshalb sehr attraktiv, weil hier gebaut werden kann wie fast nirgends sonst. Es gibt bisher keine Ausnutzungsbeschränkung ausser der maximalen Gebäudehöhe und den minimalen Grenzabständen, dies ganz im Gegensatz zu den Wohnzonen. Somit sind Bauten bis zu einer Baumassenziffer von 16 möglich (d.h. 16m³ Bauvolumen pro 1 m² Landfläche). Das ist viel mehr als an den meisten anderen Orten.

Bremsen

Nach alledem bleibt die Frage: Warum sollen wir uns gegen das Unvermeidliche auflehnen?

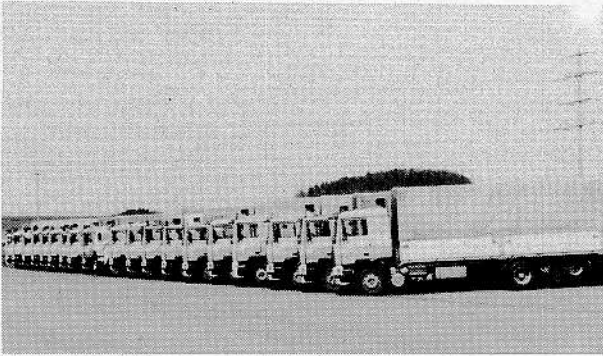
Nun, zunächst einfach, weil das scheinbar Unvermeidliche schon rein technisch unmöglich ist. Der zu erwartende Mehrverkehr kann vom Stassennetz gar nicht bewältigt werden. Es zeichnet sich bereits jetzt eine Ueberlastung der Verkehrsknoten ab. In Baar, wo die Entwicklung schon weiter fortgeschritten ist, baut man jetzt den Autobahnanschluss aus. Man weiss aber, dass diese Massnahme nur vorübergehend eine Entlastung bringen wird.

Probleme

Wichtiger scheint mir aber die Frage der Luftverschmutzung zu sein. Die Schadstoffmesswerte des vergangenen Jahres weisen im Kanton Zug bereits massive Ueberschreitungen der Belastungsgrenzwerte nach. Risch ist noch knapp unter diesen Grenzwerten geblieben. Wir profitieren noch von unserem Entwicklungsrückstand und vielleicht vom Freiämter Westwind. Anstatt die Grenzwerte bis 1994 einzuhalten, bringen wir es in Rotkreuz bis dahin wohl gerade so weit, die Luft derart zu verschmutzen, dass man eindeutig mit gesundheitlichen Schäden rechnen muss.

Dagegen müssen wir uns wehren. Indem wir entweder die Dichte der Ueberbauung oder die zur Ueberbauung freigegebene Fläche reduzieren, können wir die Entwicklung bremsen. Weiter müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um den Berufspendelverkehr vom Auto weg auf umweltschonendere Verkehrsmittel

wie Bahn, Bus und Velo aber auch den Gütertransportverkehr vom Lastwagen auf die Bahn zu bringen.



Die Verkehrsbelastung wird zunehmen.

Neben dem Verkehr gibt es weitere Probleme, die verschärft werden durch den Bauboom in der Industriezone. Das Wohnungsproblem wird langsam zur Wohnungsnot. Die Gemeindebevölkerung ist jung, und deshalb wird die Wohnungsnachfrage sogar ohne weiteren Zuwachs von aussen steigen. Die vielen Arbeitsplätze, die geschaffen werden sollen, erhöhen diese Nachfrage massiv. Wollen wir dieses Wachstum wirklich, und wollen wir es in diesem Tempo? Ich sehe darin vor allem Nachteile: Umweltbelastung, Infrastrukturaufgaben für die Gemeinde, Überforderung des sozialen Netzes, usw..

Ein weiteres Problem betrifft den Dorfkern. Die Aufgaben, die alte Dorfstruktur den neuen Gegebenheiten anzupassen und vor allem die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern, werden erschwert, falls in der Industriezone ein Konkurrenzzentrum entstehen sollte. Die Gefahr besteht nämlich durchaus, dass sich dort auch Detailhandelsgeschäfte ansiedeln. Es laufen bereits Baubewilligungsverfahren für Bauten, welche die nötigen Voraussetzungen (viele Parkplätze und starke Ausrichtung auf das Publikum) dazu haben. Die Zeit drängt also. Können wir noch etwas erreichen? Ich hoffe es.

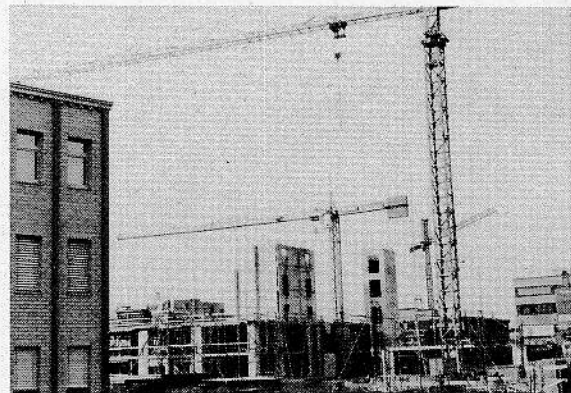
Ansatzpunkte

Es gibt verschiedene Ansatzpunkte:

- Die schleichende Entstehung eines inoffiziellen Einkaufszentrums können wir verhindern, indem wir auf eine strikte Anwendung des Regierungsratsbeschlusses über die Planung und den

Bau von Einkaufszentren pochen. Darin ist festgelegt, wo wieviele Detailhandelsgeschäfte erlaubt sind.

- Die negativen Auswirkungen des Verkehrs werden in den Umweltverträglichkeitsprüfungen UVP mindestens für die beiden hängigen Bauvorhaben der Firmen e&a-Immobilien und Lippenrütli AG abgeklärt, da bei beiden mehr als 300 Parkplätze vorgesehen sind. Die Baugespanne sind ausgesteckt, beide Grundstücke befinden sich direkt hinter dem Schöngrund. Die Ausdehnung der UVP auf die ganze Industriezone ist aber zusätzlich nötig, geht es doch darum, die Belastungen bei einem möglichen Endausbau mit der sich abzeichnenden Dichte zu kennen. Nur so kann man sich ein Bild machen über die notwendigen Massnahmen und Einschränkungen. Bei der Ueberwachung der UVP kommen neben den Behörden auch den Umweltschutzorganisationen eine bedeutende Rolle zu. Sie haben laut der Verordnung über die UVP das Recht, in die Berichte Einsicht zu nehmen und allenfalls Beschwerde zu führen. Deshalb haben wir vom Vorstand aus angefangen, mit dem VCS zusammenzuarbeiten, auch mit dem WWF bestehen Kontakte.



Baukräne prägen das Bild in der Industriezone in Rotkreuz.

- Die generelle Frage der Siedlungsentwicklung, Arbeitsplätze, Wohnbevölkerung, Zonengrössen, kann im Rahmen der Ortsplanung, das heisst bei der Ueberarbeitung der Bauordnung und des Zonenplanes entschieden werden. Deshalb gelange ich mit meinen Überlegungen an die Oeffentlichkeit, um einen Beitrag für die Diskussion zu leisten, einen Beitrag für eine umweltschonendere und sozial verträglichere Entwicklung.

Urs Hausherr

ANTRÄGE ZUR INDUSTRIEZONE

Gleis 3 wird in der Ortsplanung zu folgenden Themen Anträge einbringen oder unterstützen:

Verkehr:

für ein Parkplatzreglement zur Begrenzung der Parkplätze vor allem für Berufspendler.

Ausnützung:

für die Begrenzung der Ausnützungsziffer und für die Schaffung eines Ausnützungsbonus, der mit umweltgerechter Erschliessung (Öffentlicher Verkehr, Beteiligung an einem Quartierbus, Radwege, Velounterstände, usw.) erreicht werden kann.

SPV-Zone:

für die Auszonung der SPV-Industriezone (SPV = Späterer Planung vorbehalten) oder die Umwandlung in eine Reservebauzone, welche nur von der Gemeindeversammlung, nicht wie bisher vom Gemeinderat, freigegeben werden kann.

Etap pierung:

für eine etappenweise Freigabe der noch nicht überbauten Parzellen (Dämpfung des Baubooms).

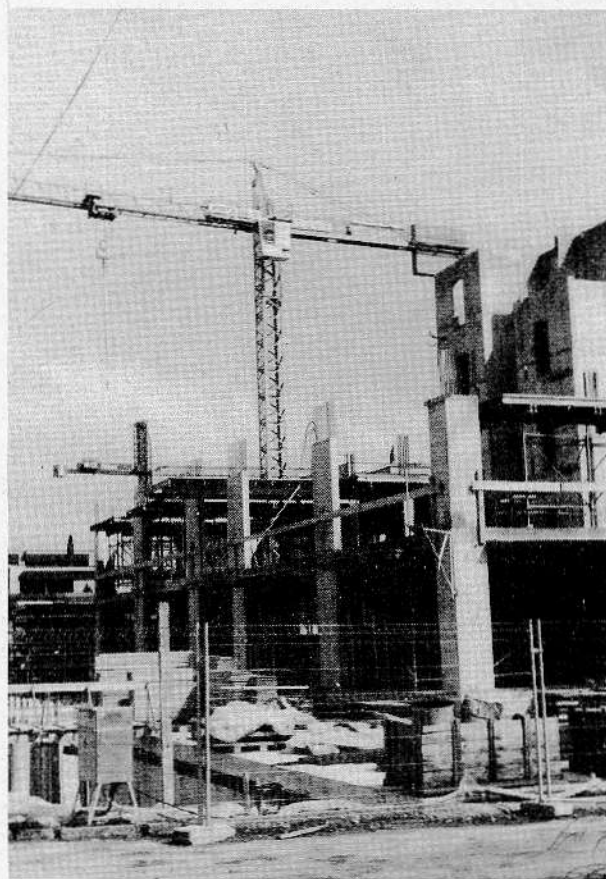
Detailhandelsgeschäfte:

gegen die Niederlassung von Detailhandelsgeschäften in der Industriezone.

Planungszone:

Falls es sich zeigt, dass die umfangreichen Abklärungen mehr Zeit brauchen als für das übliche Bewilligungsverfahren vorgesehen ist, unterstützen wir die Schaffung einer Planungszone mit vorübergehendem Bau-stopp (max.5 Jahre) nach RPG.

GLEIS 3 wird in der Ortsplanungskommission durch folgende Mitglieder vertreten: Thomas Kumpera, Daniel Zülle und Urs Hausherr.



Grossbaustelle in der Industriezone

Einsprache:

Unser Einsatz hat bereits begonnen: mit einer Einsprache gegen das oben erwähnte Baugesuch der Firma Lippenrüti AG wollen wir verhindern, dass 352 Parkplätze gebaut und allenfalls Detailhandelsgeschäfte angesiedelt werden, wozu sich das Gebäude, mit 19'900 m² Bruttogeschossfläche und einer Erdgeschossfläche von 3'900 m² mit 4.50 m Raumhöhe eignen würde (Vergleich: COOP heute: ca. 450 m² Ladenfläche).

Bei der Einsprache werden wir unterstützt vom VCS. Entsprechend unseren Berechnungen fordern wir eine Begrenzung auf maximal 90 Parkplätze.

GLEIS 3

Der Vorstand

AsylbewerberInnen in der Gemeinde Risch

Nachdem in den letzten Tagen sehr viel zu hören und zu lesen war vom DFW (Delegierten für das Flüchtlingswesen) will ich nun noch die Situation in der AsylbewerberInnen-Betreuung in der Gemeinde Risch aufzeigen. Es geht bei diesem Artikel also nicht darum, ob das Verfahren 88 gerecht oder gerechtfertigt ist, ob das Asylgesetz verschärft oder gelockert werden muss und ob die Grenzstore ihren Zweck erfüllen. Ich will klarstellen, welches die Konsequenzen aus diesem Gesetz für die Gemeinden sind, was wir zu tun haben, was wir machen können und wie die Situation für die AsylbewerberInnen in unserer Gemeinde aussieht. Es ist im Rahmen dieses Artikels allerdings nicht möglich, die Situation vollständig darzustellen, weshalb ich mich auf die Unterbringungsschwierigkeiten beschränken möchte.

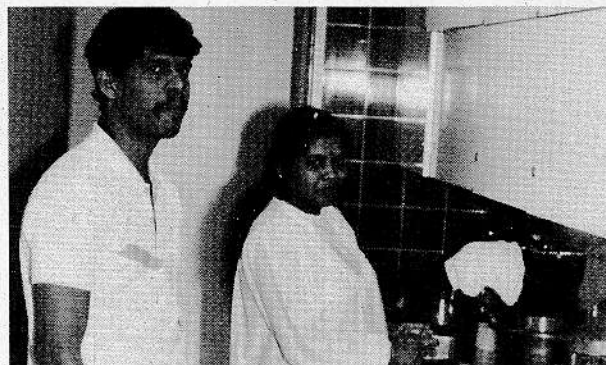
Ich gebe mir Mühe, die geschlechtsneutrale Schreibweise zu verwenden, weil heute vermehrt neben bis anhin vor allem männlichen Asylbewerbern auch Frauen und oft ganze Familien um Asyl in der Schweiz ersuchen.

29 AsylbewerberInnen in Risch

Damit man sich ein Bild machen kann, wie die AsylbewerberInnen in die Gemeinde Risch gelangen, sei hier aufgezeigt, wie diese den Gemeinden zugeteilt werden. Von allen AsylbewerberInnen, die in die Schweiz gelangen (1988 waren dies 16'700), kommen nur 5 % über eines der 28 offiziellen Grenzstore, der grosse Rest meldet sich direkt oder via Behörden bei den Empfangsstellen. Es ist schon vorgekommen, dass ein Asylbewerber bei uns in das Büro kam und voller Freude seine Frau vorstellte, die nun auch um Asyl ersuchen wolle. Auch wir mussten sie an eine Empfangsstelle zurückschicken. Dort werden sie nach einem einwohnerproportionalen Verteilerschlüssel auf die Kantone verteilt. Der Kanton Zug ist verantwortlich für 1.3 % aller AsylbewerberInnen in der Schweiz. Nach diesem Verteiler hatte er im Verlaufe des Jahres 1988 über 200 AsylbewerberInnen aufzunehmen. Diese kommen dann jeweils in die Durchgangsstation Steinhausen.

Dort können sie vorläufig bleiben, bis die Gemeinde den / die AsylbewerberIn übernehmen kann. Die Zuteilung der AsylbewerberInnen auf die Gemeinden geschieht ebenfalls nach einem einwohnerproportionalen Verteilerschlüssel. Risch muss 6 % der dem Kanton zugeteilten AsylbewerberInnen übernehmen. Im Moment sind uns 29 AsylbewerberInnen zugeteilt. Wir können immer wieder auf die gute Zusammenarbeit zwischen den kantonalen Stellen und der gemeindlichen Asylantenbetreuung bauen.

Trotzdem kam es letztes Jahr soweit, dass die kantonale Durchgangsstation derart überfüllt war, dass sich die Verantwortlichen genötigt sahen, die Gemeinde Risch zur Übernahme von ihr zugeteilten Asylbewerbern zu zwingen. So mussten wir innert kürzester Zeit eine Unterkunft finden, was uns dank grosser Hilfe des Hünenberger Sozialvorstehers und der Asylantenbetreuerin gelang.



Heute ersuchen vermehrt auch Frauen um Asyl in der Schweiz.

Hauptproblem: Unterkünfte

Dieses Beispiel zeigt deutlich auf, worin unsere Hauptschwierigkeit liegt: Im Kanton Zug hat der Kanton die Unterbringung der AsylbewerberInnen an die Gemeinden weiterdelegiert. Das heisst, es liegt an uns, den uns zugesprochenen AsylbewerberInnen eine Unterkunft anzubieten. Die drei Ennetseegemeinden Hünenberg, Cham und Risch haben sich schon seit längerer Zeit zusammengefunden, um diese Aufgaben gemeinsam zu lösen oder mindestens anzugehen. Cham und Hünenberg haben schon Wohngruppen für AsylbewerberIn-

nen eingerichtet. In der Gemeinde Risch werden nun im Lörchhaus der Liegenschaft Binzmühle Unterkünfte eingerichtet, die ab Ende März bezogen werden. Dieses Haus wird sechzehn AsylbewerberInnen Platz bieten. Die 114 AsylbewerberInnen der drei Gemeinden werden durch eine gemeinsam geschaffene Asylantenbetreuungsstelle mit Sekretariat betreut.

Vermeehrt Asylbewerberfamilien

Eine immer grösser werdende Schwierigkeit liegt darin, dass uns immer mehr ganze Familien oder Paare zugeteilt werden; im Moment sind es vier Familien für die Gemeinde Risch. Dass Familien mit Kindern in der gleichen Wohngemeinschaft zusammenwohnen müssen, in der sonst ausschliesslich Männer aus verschiedensten Ländern zusammenwohnen, ist äusserst ungünstig. Unser Ziel ist, dass sich die Familien selber eine Wohnung suchen, sobald ein Elternteil eine Arbeit und somit ein Einkommen hat. Wie schwierig dies ist, weiss jeder SchweizerIn selber, welcher die Wohnungsmarktsituation im Kanton Zug kennt. Kommt dazu, dass AsylbewerberInnen zu einem Tiefstlohn arbeiten (müssen).

Notwohnung

Wir haben in der Gemeinde Risch bis jetzt nur eine notdürftige Notwohnung, welche auch in absehbarer Zeit auf ein lebensnotwendiges Minimum (Heizung, sanitäre Installationen, etc.) ausgebaut werden muss. Es gibt immer wieder Personen und Familien, SchweizerInnen wie AusländerInnen, EinwohnerInnen der Gemeinde Risch, die kurzfristig obdachlos werden wegen einer Kündigung oder familiären Problemen. Ihnen sind wir ebenfalls verpflichtet, eine Notwohnung bereit zu haben.



Türkische Asylbewerberfamilie
(der Vater war im Moment ausser Haus)

Aus diesen Gründen musste die Gemeinde auch die Wohnung in der Binzmühle kündigen, weil sie für diesen Zweck sonst keine Wohnung finden kann. Es ist richtig, dass wir die Wohnung im Moment mit Asylbewerberfamilien belegen werden. Dass dies aber zu rassistischen Hetzjagden gegen AsylbewerberInnen und AusländerInnen generell führt, erachte ich als äusserst unangepasst. Natürlich ist es für derart Gesinnte einfacher, hier Aufruhr zu stiften als auf nationaler Ebene. Dass wir aber nur vollziehen müssen, wozu wir von Gesetzes wegen verpflichtet sind, interessiert diese nicht. Das Flugblatt der "Patriotischen Front Schwyz" will nichts anderes als eine an Nazideutschland erinnernde Hetzjagd gegen "Neger, Asiaten und Moslems".

Und in Zukunft?

Ich persönlich glaube nicht, dass die reiche Schweiz es sich leisten kann, die Grenzen zu schliessen und die AusländerInnen hinauszuschicken. Wir haben sehr lange vollen Nutzen aus Ländern gezogen, wo eben diese Neger, Asiaten und Moslems wohnen. Wir haben sie ausgebeutet und unseren Wohlstand auf ihrer Armut aufgebaut. Heute sind diese Länder teilweise im Elend, von Korruption unterwandert und meist von einer kleinen Oberschicht regiert. Diese Gründe, das heisst sowohl wirtschaftliche wie politische, führen die AsylbewerberInnen in die Schweiz. Dies wird sich in absehbarer Zeit nicht ändern, so meine persönliche Zukunftsperspektive. So lange das Gefälle zwischen den westlichen Industrieländern und den übrigen Ländern, insbesondere den Dritt- und Entwicklungsländern, bestehen bleibt, ja unterstützt wird, nimmt der Flüchtlingsstrom nicht ab. So wird auch verständlich, dass nach offiziellen Zahlen mehr als 90 % der AsylbewerberInnen das Asylgesuch abgelehnt wird, weil sie als "Wirtschaftsflüchtlinge" in ihrer Heimat nicht politisch verfolgt werden. Vielleicht bringt ein Umdenken bei uns SchweizerInnen eine Veränderung in der Asylproblematik: Ein Umdenken im Konsumverhalten und ein entscheidender Ausbau der Entwicklungshilfe könnten diese Länder zu mehr Selbständigkeit führen.

Thomas Kumpera, Gemeinderat

RÜCKBLICK AUF DIE VOLLAMTSINITIATIVE

Obwohl seit der Abstimmung über die Vollamtsinitiative schon einige Zeit verstrichen ist, möchte ich hier dieses Thema nochmals aufgreifen. Die Probleme, auf welche die Initiative hingewiesen hat, noch lange nicht gelöst sind.

Neben der Bunten Liste, SP, SGA und der Frischen Brise war auch Gleiß 3 im Initiativkomitee für ein Vollamt für Regierungsräte vertreten. Dank guter Zusammenarbeit darf dieser Zusammenschluss durchaus als positive Erfahrung gewertet werden. Hoffentlich wird er auch in Zukunft wieder zustandekommen. Mit einer Standaktion ("Vollamtsquiz") vor der Abstimmung versuchten wir, mit der Rischer Bevölkerung in Kontakt zu kommen und mit ihr über die Initiative zu diskutieren. Dies ist uns sicher auch gelungen. Unser Engagement für die Initiative war also gross, und dementsprechend war auch die Enttäuschung über das knappe Abstimmungsergebnis. Das Ergebnis ist allerdings schon erstaunlich, wenn man bedenkt, dass sich von den Parteien einzig die FDP gegen die Initiative aussprach, und dies nicht einmal mit stichhaltigen Argumenten. Aber allein die Tatsache, dass die Initiative von links kam, war für gewisse Kreise bereits ein Grund, sie abzulehnen. So gab die CVP zwar die Ja-Parole heraus, konnte sich aber nicht überwinden, sich für die Initiative stark zu machen.

Bleibt in Zukunft alles beim alten?

Schon vor der Abstimmung wurde von bürgerlicher Seite eine Motion überwiesen, die ein Hauptamt für Regierungsräte vorsieht. Die Motionäre hoffen, dass bis zur neuen Legislaturperiode 1991 eine Hauptamtsregelung ausgearbeitet sein werde. Uneinig wird man sich im Kantonsrat jedoch sicher darüber sein, wie streng diese Regelung gefasst sein soll. Nach dem knappen Ergebnis der letzten Abstimmung könnte man eigentlich vermuten, dass die private Tätigkeit recht stark eingeschränkt werde, doch habe ich persönlich wenig Hoffnung, dass dies

der Fall sein wird. Regierungsräte dürfen wohl weiterhin private Verwaltungsratsmandate annehmen, mit dem Unterschied, dass dies wahrscheinlich von einer bürgerlich dominierten Kommission bewilligt werden muss. Bisher deutet nichts darauf hin, dass die Annahme von Verwaltungsratsmandaten oder privater Erwerbstätigkeit einer strengen Bewilligungspflicht unterzogen werden müssten. Die FDP z.B. meint, ein Regierungsrat müsste in Zukunft seine Verwaltungsratsmandate eben "sorgfältig auswählen" und "im Zweifelsfall auf private Erwerbstätigkeit verzichten." Dies zeigt, dass die bürgerlichen Parteien keineswegs gewillt sind, ein strenges Hauptamt mit grösseren Einschränkungen einzuführen. Und somit wird sich auch an der heutigen Situation kaum etwas ändern, mit der Ausnahme, dass ein Regierungsrat im Hauptamt einen beträchtlich höheren Lohn erhalte, als im Nebenamt. Das Hauptamt wäre also ein besserbezahltes Nebenamt, was natürlich nicht akzeptiert werden kann. Gegen eine solche Alibilösung müssten wir das Referendum ergreifen oder dieses unterstützen!

Andreas Gisler



Politische Arbeitsgruppe Risch

G L E I S 3

E I N L A D U N G

zur

GENERALVERSAMMLUNG

Freitag, den 28. April 1989

Beginn: 19⁰⁰ Uhr

Jahresbericht

Wahlen

Ausblick

Anschliessend:

NACHTESSEN

In der Reformierten Kirche Rotkreuz, Untergeschoss

Alle Mitglieder und SympathisantInnen sind herzlich eingeladen

Der Vorstand

Liebe LeserInnen

Wir freuen uns, dass Sie unsere Zeitung gelesen haben und hoffen, diese erste Ausgabe hat Sie angesprochen. Es sind weitere Ausgaben vorgesehen. Für Ideen und Verbesserungsvorschläge haben wir selbstverständlich jederzeit ein offenes Ohr. Unsere Zeitung soll auch als Diskussionsforum dienen und steht grundsätzlich allen offen.

Ich möchte die BARRIERE regelmässig erhalten.

Ich bin SympathisantIn der Politischen Arbeitsgruppe Risch GLEIS 3 und bezahle mit beiliegendem Einzahlungsschein einen Sympathiebeitrag.

Ich möchte Mitglied der Politischen Arbeitsgruppe Risch GLEIS 3 werden.

Name und Vorname:

.....

Adresse:

.....

Einsenden an: Politische Arbeitsgruppe Risch GLEIS 3, 6343 Rotkreuz

